

# Wer sich freiwillig meldet, weiß um die Belastungen

**Zu »Von Tätern, die auch Opfer sind« (nd vom 14./15.4., S. W 6)**

Es ist begrüßenswert, dass Paul Schäfer eine dringend notwendige Diskussion um die »Militärfrage« angestoßen hat. Ebenso wichtig ist sein Hinweis »Für Linke galt ... die Auflage des Potsdamer Abkommens, Deutschland abzurüsten und zu entmilitarisieren, als kategorischer Imperativ.« Hinzuzusetzen wäre die Beseitigung der Quellen für Faschismus. Aber warum wählt er das Imperfekt, ist für Linke die Verhinderung von Militarisation bzw. ihre Beseitigung seit Bebel und Liebknecht nicht eine ungebrochene Aufgabe?

Den bekannten Satz: »Diesem System keinen Mann und keinen Groschen« schrieb Wilhelm Liebknecht und Paul Singer in den Wahlaufrief der damals revolutionären Sozialdemokratie zu den Reichstagswahlen 1887. In diesem historisch-politischen Kontext erschien 1889 das berühmte Buch von Bertha von Suttner »Die Waffen nieder!«, nachdem es einige Verlage mit aufschlussreichen Begründungen abgelehnt hatten: »Große Kreise unserer Leser würden sich durch den Inhalt verletzt fühlen.« Ein anderer schrieb: »Trotz aller Vorzüge aber ist es ganz ausgeschlossen, dass der Roman in einem Militärstaat veröffentlicht wird.« Sollte die Linke heute in ihrem Wahlprogramm für 2013 nicht ähnlich klare Aussagen treffen wie vor über 130 Jahren Bebel, Liebknecht und Genossen sowie die Pazifistin Bertha von Suttner und Gleichgesinnte?

Der Autor überdenkt linke Positionen zur Bundeswehr und hält »Leitlinien für linke Soldaten/Soldatinnen« für möglich. Er meint sicher »linke Leitlinien für Solda-



Deutsche Marinesoldaten auf der Fregatte Karlsruhe vor Dschibuti

Foto: dpa/Gero Breloer

ten/Soldatinnen, denn Linke werden sich kaum freiwillig zu völkerrechtswidrigen Interventionen dieser Berufsarmee melden.

Bei allem Einverständnis mit Sorgen um Lebensbedingungen deutscher Soldaten und Soldatinnen in Kampfgebieten Afghanistans, am Golf von Aden und anderswo: wer sich dazu freiwillig meldet, der weiß um die Belastungen dieses Einsatzes. Daran zu erinnern, ist keineswegs zynisch, es schließt Anteilnahme an Leiden der uniformierten jungen Männer und Frauen am Hindukusch ein. Wer im Lande gut bezahlte Arbeit bekäme, würde sich nicht als Soldat unter Befehl verdingen.

Zynismus ist und verbrecherisch, dass die Bundeswehr sich

lautstark als Arbeitgeber präsentiert, berufliche Ausbildung und günstige Lebensperspektiven verspricht. Zynismus ist, wenn in den 3. Verteidigungspolitischen Richtlinien für die Bundeswehr (VPR) vom 18. Mai 2011 – wie schon 1992 in den 1. VPR in abgewandelten Formulierungen – geschrieben steht, die Bundeswehr hätte als Instrument der Politik »freien und ungehinderten Welt-handel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen«. Wenige Zeilen weiter: »Dies beinhaltet auch den Einsatz von Streitkräften.«

Ergo werden von der Regierung Kriegseinsätze mit dieser Zielsetzung geplant, und die Bundeswehr

wird dafür zu Lasten sozialer Einrichtungen für die Bevölkerung mit den nötigen Ausrüstungen versorgt. Wer sich also freiwillig – für sehr gutes Geld! – für Abenteuer dieser Art hergibt, der ist wegen dieser gefährlichen Entscheidung über sein eigenes Leben zu bedauern. Solidarität der Partei DIE LINKE mit Bundeswehrgoldaten out of area ist primär darauf gerichtet, junge Leute über die aggressiven militärpolitischen Ziele deutscher Außenpolitik im Schlepptau weltweiter USA-Hege-monie aufzuklären, weniger darüber zu sinnieren, wie sie vom Hindukusch günstiger nach Hause telefonieren können.

Prof. Dr. Wolfgang Triebel  
Berlin

# Wir wollen mitreden, prüfen, mitentscheiden

**Zu den Personaldebatten in der Partei DIE LINKE**

Personaldebatten sind das gute Recht des Souveräns der Partei Ich kann es nicht mehr hören. Seit Monaten befindet sich DIE LINKE in einer gefährlichen Entwicklung und diese Parteiführung tut wenige Wochen vor dem Parteitag noch immer so, als sei die Neuwahl des Vorstandes die unwichtigste aller Herausforderungen, vor denen DIE LINKE steht.

Wenn schon der vom Parteivorstand ausgewählte Gutachter »überraschend« zu dem Ergebnis kommt, ein Mitgliederentscheid über Personalfragen sei nicht satzungskonform, ist das überhaupt kein Grund, in der Personaldebatte die Nummer von den drei Affen zu machen. Ein Vorstand, der – mit und ohne einem solchen Gutachten – nicht wahrhaben will, dass die deutliche Forderung der Parteimitglieder lautet, wir wollen mitreden, prüfen, mitentscheiden und

zwar gründlich, beweist einmal mehr, wie notwendig neues Personalist.

Es ist ein Irrglaube, die überfällige Personaldiskussion zu verhindern oder gar verbieten zu können, sie findet schlicht statt. Allerdings für die Qualität dieser Diskussionen, dafür, in welchen möglicherweise unrealistischen Diskussionen sich Mitglieder unserer Partei aufreihen, trägt der Parteivorstand die Verantwortung. Der erweist sich leider als unfähig, diese Ver-

antwortung auch zu übernehmen. Mehr noch: Das Agieren des Vorstandes in der sogenannten Personaldebatte ist Ausdruck eines absolut unakzeptablen und überhaupt nicht zukunftsfähigen Parteiverständnisses. Wer einen solch wichtigen Parteitag von Göttingen so vorbereitet, der will nicht, dass sich etwas ändert, der verhindert, dass DIE LINKE wieder in die Erfolgsspur kommt.

A. Eid  
10119 Berlin

# Kritik trifft die Falschen

**Zu »Das Geschäft mit der Nachhilfe« (nd vom 30.3., S. 16)**

Warum in einer Gesellschaft, die doch so viel Wert auf private Initiative legt, immer wieder das »Geschäft mit der Nachhilfe« angeprangert werden muss, bleibt mir stets schleierhaft.

Ich habe zwanzig Jahre mit wichtigen privaten Bildungseinrichtungen, die eine spezielle Förderung der Sprachkompetenz, der Lese- und Rechtschreibfertigkeiten anbieten, zusammengearbeitet. Ich weiß um die Sorgen vieler Eltern, wenn in der Schule bei ihren Kindern die gewünschten Lernergebnisse ausbleiben.

Und ich kenne das Engagement der in diesen privat geführten Einrichtungen tätigen Pädagogen, denen die Leistungsentwicklung der ihnen von den Eltern anvertrauten Kinder sehr am Herzen liegt. Ich kenne den Aufwand, der betrieben wird, um speziell Kindern zu helfen, denen das Lernen in der Schule schwer fällt. Ich habe Hunderte Kinder erlebt, die mit Freude diese zusätzliche Belastung in ihrer Freizeit auf sich nehmen, aktiv am Un-

terricht teilnehmen und gute Ergebnisse in Leistungstests erzielen. Sollte man nicht deshalb Eltern und Kinder vor allem loben, dass sie aktiv für ihre Bildung etwas tun und sich nicht bloß auf das schulische Angebot verlassen? Sie bezahlen sogar selbst für diese pädagogische Dienstleistung.

In der Regel geht es nämlich bei Nachhilfe und Förderung ganz schlicht um das Aufholen von Lernrückständen gegenüber den Mitschülern, um die Wahrung von Chancen für die weiterführende Schule. Wer Kinder in diesen Fördergruppen erlebt, ist immer wieder überrascht über ihre Ernsthaftigkeit und ihren Spaß am Lernen. Das sollte vielleicht auch von Kritikern dieses Angebots zur Kenntnis genommen werden.

Richtig ist, dass das breite private Bildungsangebot auch der Tatsache geschuldet ist, dass es der Schule bei allen Bemühungen nur ungenügend gelingt, alle Schüler gleichermaßen zum erstrebten Bildungsziel zu führen und der dort angebotene Förderunterricht nicht die erforderliche Qualität erreicht, oft ausfällt und von Eltern und Kindern kaum ernst genommen wird. Die Schule betrachtet aber die privaten Anbieter leider als Konkurrenz. Statt aber die Grenzen eigener Möglichkeiten anzuerkennen und mit außerschulischen Einrichtungen im Rahmen ihres Ganztageschul-



Nachhilfe kann durchaus Spaß machen – und das auf beiden Seiten.

Foto: epd/Rolf Zöllner

angebots zu kooperieren und deren nachgewiesene Kompetenz zu nutzen, reagiert sie beleidigt und »warnt« gar Eltern vor privater Förderung.

Wer vom »blühenden Geschäft« mit der Nachhilfe schreibt, hat wenig Ahnung davon, wie mühsam dieses für die dort tätigen Pädagogen ist, noch dazu wenn es quasi in bestimmten Zeitungen unter den Generalverdacht der Abzocke gestellt oder gar wie im genannten Artikel in Zusammenhang mit Steuerhinterziehung oder Sozialbetrug ge-

bracht wird. Aber Eltern als Kunden sind im Gegensatz zur staatlichen Qualitätskontrolle auch harte Wächter über die Qualität und die angebotenen Preise. Sie kündigen und empfehlen den »Laden« nämlich nicht weiter, wenn die Qualität nicht stimmt. Auch stehen die Anbieter untereinander im Wettbewerb und werben konkurrierend um das Vertrauen der Eltern. Das hat bei vielen der privaten Einrichtungen zu einem strengen System der Qualitätskontrolle geführt.

Es ist klar, dass Bezieher von Niedrigeinkommen oder von Transferleistungen nicht ohne weiteres das Geld für eine private Förderung aufbringen können. Im von der Regierung viel gepriesenen Bildungspaket darf Nachhilfe auch nur dann finanziell unterstützt werden, wenn sie von der Schule organisiert wird, aber natürlich auch nur dann, wenn das Kind versetzungsgefährdet ist. Da fließen dann maximal zehn Euro von einem Staatstopf in den anderen. Die im Artikel unter-schwellig enthaltene Sozialkritik zielt also auf die Falschen!

Für den Bildungserfolg vieler Kinder wäre es gut, wenn öffentliche Schulen, Eltern und private Bildungsanbieter zu engerer Kooperation zusammenfänden und dies auch finanziell je nach Bedürftigkeit gefördert würde.

Eberhard Aurich  
12559 Berlin

# Wer erhält den Leserpreis 2012 des Vereins der Freunde von »nd«?

Liebe Leserinnen und Leser, der »Verein der Freunde der sozialistischen Tageszeitung »neues deutschland« schreibt im Jahre 2012 zum zwanzigsten Male den Wettbewerb um einen Leserpreis aus. Der Preis wird ausschließlich aus den Beiträgen der Mitglieder des Vereins finanziert.

Der Verein hat sich entschieden, für den Preis 2012, der beim »Fest der LINKEN« vom 16. – 17. Juni 2012 vergeben werden soll, die folgenden Mitarbeiter des »nd« vorzuschlagen.

Wir bitten die Leserinnen und Leser des »nd«, sich rege an dem Wettbewerb zu beteiligen und ihre Vorschläge auf der nd-Website einzutragen oder bis zum Einsendeschluss am 30. April 2012 an folgende Adresse zu senden:

Frau Ruth Kampa  
Hagedornstr. 60  
12487 Berlin

# Für den nd-Leserpreis 2012 schlage ich vor:

- Klaus Bellin
- Jirka Grahl
- Velten Schäfer
- Weitere Vorschläge .....

Name: ..... Vorname: .....

Straße: .....

PLZ / Ort: .....

Datum / Unterschrift: .....

Der Verein ist daran interessiert, Leserinnen und Leser, Freundinnen und Freunde der sozialistischen Tageszeitung, für eine Mitarbeit zu gewinnen. Falls Interesse besteht, bitte ankreuzen.

Ich möchte im nd-Verein mitarbeiten und erbitte die Satzung des Vereins

# Abzocke geht munter weiter

## Zu den Benzinpreisen

Seit 2005 hat sich der Benzinpreis in Deutschland um 40 Prozent erhöht. Die Reallöhne sind im gleichen Zeitraum gesunken. Die scheinheiligen Versuche unserer Politiker, diesen Preiswucher und das stündliche Preis-Jo-Jo an den Tankstellen zu stoppen, sind wenig glaubwürdig. Kein deutscher Politiker setzt sich dafür ein, die Benzinpreise mal für nur drei Monate

einzufrieren oder gar die Mineralöl-, Öko- oder Mehrwertsteuer auf Benzin drastisch zu senken. Die Abzocke an den Tankstellen geht munter weiter, eine 50-Euro-Tankfüllung ist heute nur noch die Hälfte wert im Vergleich zu 1990. Selbst die minimale Pendlerpauschale ist schon lange kein wirksames Instrument, um Benzinpreiserhöhungen aufzufangen.

Albert Alten  
38855 Wernigerode

## Terminbörse

**Chemnitz.** 27.4., 18 Uhr: »Das braune Netz« Naziterror – Hintergründe, Verharmloser, Förderer« – Lesung und Gespräch im »Rothaus«, Lohstraße 2

**Hermisdorf.** 23.4., 19 Uhr: »Rechtsexremismus in Jena. Bestandsaufnahme und Perspektiven« – Vortrag und Diskussion in der Stadtbibliothek, Am Alten Versuchsfeld 1

**Dresden.** 25.4., 19 Uhr: »Politischer Streik auch in Deutschland? Das politische Streikrecht – Wie wir es verloren haben und warum wir es gerade jetzt brauchen« – im »Haus der Begegnung«, Großenhainer Straße 93

**Jena.** 23.4., 19 Uhr: »Verratenes Israel. Der Westen und Deutschland als Förderer des iranischen Regimes« – Veranstaltung im Hörsaal 5 in der Friedrich-Schiller-Universität, Carl-Zeiss-Straße 3

**Eisenach.** 24.4., 19.30 Uhr: »Armut in Deutschland. Lebenswirklichkeit von Hartz IV-Empfängern und Ein-Euro-Jobbern« – mit Landolf Scherzer im »Theater am Markt«, Goldschmiedenstraße 12

**Jena.** 24.4., 9 Uhr: »Keine Geschäfte mit dem iranischen Regime!« – Kundgebung vor der Hauptversammlung der Analytik Jena AG Jentower, Johannisstraße

**Freiburg.** 26.4., 19.30 Uhr: »Vom Beuineuzelt in die Bonner Politik – Lebensgeschichte als Weltgeschichte« – Abdallah Frangi im Gespräch mit Dr. Gabi Weber im Café »Palestine« in der Universität, KG I, HS 1098

**Jena.** 26.4., 19 Uhr: »Tadzio Müller: Rio+20, oder: Das Märchen von der Green Economy« – Veranstaltung im Hörsaalgebäude, Seminarraum 309, in der Friedrich-Schiller-Universität, Carl-Zeiss-Straße 3

**Fürstenberg.** 20.4., 18 Uhr: Buchvorstellung »Reemtsma auf der Krim – Tabakproduktion und Zwangsarbeit unter der deutschen Besetzung« – Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, Veranstaltungssaal in den »Garagen«

**Leipzig.** 23.4., 18 Uhr: »20 Jahre neue Bundesrepublik: Kontinuitäten und Diskontinuitäten« – Buchvorstellung in der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

**Gera.** 21.4., 15 Uhr: Vortrag über das KZ Auschwitz in der Jugendbibliothek, Werner-Petzold-Straße 17

**Leipzig.** 24.4., 18 Uhr: »Dass die Dinge geschehen, ist nichts: dass sie gewusst werden, ist alles.« Zu Egon Friedells Kulturgeschichte« – Vortrag und Diskussion, Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

**Gera.** 26.4., 19 Uhr: »Fukushima, Nojusha und Freeter Gewerkschaft. Soziale Bewegungen in Japan« - Filmvorführung und Diskussion in der »Kanitz'schen Buchhandlung«, Laasener Straße 8

**Leipzig.** 26.4., 18.30 Uhr: »100 Jahre ANC – wie sich Südafrika verändert hat« – Veranstaltung in der Reihe »Rosa L. in Grünau« im Klub »Gshelka«, An der Kotsche 51

**Graal-Müritz.** 27.4., 18.30 Uhr: »Rosa Luxemburg – Erinnerung« – Gespräch im »Haus des Gastes«, Rostocker Str. 3

**Greifswald.** 26.4., 20 Uhr: »Landwirtschaft und Gemeingüter« – Vortrag und Diskussion im »Ikuwo«, Goethestraße 1

## Leserbrief-Redaktion

Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin  
Tel. 030/29 78 17 24  
E-Mail: leserbriefe@nd-online.de

Beiträge auf dieser Seite sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wählender Kürzungen vor. Auch E-Mails können nur bei Angabe des vollständigen Namens und der Ortsangabe berücksichtigt werden.